

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

1. Sitzung 2023

Datum	Montag, 20. März 2023
Zeit	18.00–22.00 Uhr
Ort	Stadtsaal

Vorsitz	Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer	Dr. Fabian Humbel, Stadtschreiber

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrats

Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat⁸
Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin⁷
Fankhauser Salome (SP), Einwohnerrätin
Freiermuth Maja (FDP/ZM), Einwohnerrätin
Friderich Corina (Grüne), Einwohnerrätin⁵
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin
Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat^{6, 7}
Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat^{6, 8}
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat⁷
Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat^{6, 8}
Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat^{6, 8}
Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴
Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat⁷
Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat

Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin^{6, 7, 8}
 Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin
 Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin
 Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
 Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 4}
 Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
 Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
 Plüss-Bernhard Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
 Schindler René (SVP), Einwohnerrat
 Schürch-Meder Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}
 Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷
 Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin^{5, 7}
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat²
 Jordi Irma (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
 Szedlák-Hagmann Stéphanie (EVP-Die Mitte)

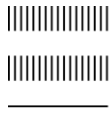
Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

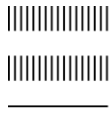
Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 24. April 2023 auf www.zofingen.ch.



Traktanden	Seite
1. <u>Inpflichtnahme</u> von Michèle Graf (Die Mitte) als Einwohnerrätin und von Flavio Wyss (FDP) als Einwohnerrat	140
2. <u>Mitteilungen</u>	140
3. <u>Wahlen</u> ER.2023.001 Ersatzwahl eines Mitglieds für das Büro ER für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025 ER.2023.002 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025	141
4. <u>Einbürgerungen</u> ER.2023.003-006 <i>Hinweis: 90 Tage nach der Sitzung werden die veröffentlichten Personendaten der gesuchstellenden Personen entfernt (§ 5 KBüV)</i>	142
5. <u>ER.2023.008</u> Befristeter Ausbau der Aufsuchenden Jugendarbeit	143
6. <u>ER.2023.010</u> Plan Lumière ausserhalb der Altstadt – Verpflichtungskredit Teil Strassenbeleuchtung	148
7. <u>ER.2022.036</u> Interpellation von Karin Burkard (Grüne) vom 20. Juni 2022 betreffend "Umsetzungs- katalog Velomassnahmen 2017/18"; Beantwortung Stadtrat	153
8. <u>ER.2021.214</u> (214 [2018-2021]) Postulat von Tobias Hottiger (FDP) vom 25. Oktober 2021 betreffend "Regelmässige Erstellung eines Subventionsberichts"; Haltung Stadtrat	154
9. <u>Umfrage</u>	156



Traktandum 1 – Inpflichtnahme

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Es steht die Inpflichtnahme von Michèle Graf (Die Mitte) als Einwohnerrätin und von Flavio Wyss (FDP) als Einwohnerrat an. Der Präsident begrüsst die beiden neuen Personen im Rat.

Sie werden aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats werden die anwesenden neuen Mitglieder des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Michèle Graf und Flavio Wyss durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Sie sind damit in Pflicht genommen und können ihre Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Für die heutige Sitzung haben sich Matthias Hostettler, Irma Jordi und Stéphanie Szedlák entschuldigt.

Der Rat ist nach der Inpflichtnahme von Michèle Graf und Flavio Wyss **mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. Oktober 2022** wurde am 14. November 2022 verschickt und **jenes der Einwohnerratssitzung vom 21. November 2022** am 28. November 2022. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Die Protokolle gelten somit als genehmigt.

Anlässlich der kommunalen Abstimmungen vom 12. März 2023 wurden beide Vorlagen (Revision der Gemeindeordnung und Kredit Oberstufenzentrum) angenommen.

Der Verein Lebendiger Rosengarten und die Stadt haben den Aargauer Naturpreis erhalten.

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Attila Gyax (glp) betreffend "Schulwegsicherheit"
- Interpellation von Luc Zobrist (FDP) betreffend "Klimastrategie in der Gemeinde Zofingen"
- Interpellation von Irma Jordi (Die Mitte) betreffend "Alte Kaserne"



Traktandum 3 – Wahlen

ER.2023.001

Ersatzwahl eines Mitglieds für das Büro ER für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025

ER.2023.002

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022–2025

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Pascal Stenz (FDP/ZM) ist auf das Ende des letzten Jahres aus dem Einwohnerrat ausgetreten. Somit ist die Funktion als Stimmenzähler im Büro ER vakant.

Maja Freiermuth ist per 2. März 2023 als Mitglied der FGPK zurückgetreten.

Der Verteilschlüssel wurde anfangs Amtsperiode festgelegt. Somit ist der Anspruch der Fraktion der FDP/ZM für beide Vakanzen gegeben.

Für das Wahlbüro schlägt das Büro des Einwohnerrats folgende Personen vor:

- Barbara Willisegger (SVP)
- Yvonne Lehmann (SP)
- Esther Burkhard, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
- Patrick Siegrist, Aktuar FGPK

Von Seiten Einwohnerrat gibt es keinen Einwand. Das Wahlbüro gilt somit als gewählt.

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, werden die Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Als **Mitglied für das Büro ER** ist Maik Müller (FDP/ZM) nominiert. Als **Mitglied in die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission** ist Béatrice Zinniker (FDP/ZM) nominiert.

Ergebnis der Ersatzwahl für ein Mitglied des Büro ER

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	37	
Eingegangene Wahlzettel:	37	
Abzüglich leere Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	37	
Absolutes Mehr:	19	
Stimmen haben erhalten:		
Maik Müller (FDP/ZM, neu):	37	gewählt



Ergebnis der Ersatzwahl für ein Mitglied in die FGPK

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrats:	40	
Zahl der Anwesenden:	37	
Eingegangene Wahlzettel:	37	
Abzüglich leere Wahlzettel:	0	
Abzüglich ungültige Wahlzettel:	0	
In Betracht fallende Wahlzettel:	37	
Absolutes Mehr:	19	
Stimmen haben erhalten:		
Béatrice Zinniker (FDP/ZM, neu):	37	gewählt

Traktandum 4 – Einbürgerungen

ER.2023.003-006

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

ER.2023.003

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2023.004

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

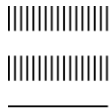
ER.2023.005

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2023.006

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen unter Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.



Traktandum 5

ER.2023.008

Befristeter Ausbau der Aufsuchenden Jugendarbeit

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, Referent FGPK

Während der Pandemie haben Littering- und Vandalismusfälle zugenommen. Beim BZZ wurden Kameras installiert, beim Bez-Schulhaus wird auf Prävention gesetzt. Dazu sind zusätzliche Pensen nötig. Die Steuergruppe Jugend schlägt anstelle anderer Massnahmen Präsenz und Prävention vor. Als gutes Beispiel für erfolgreiche Prävention wurde in der FGPK der Rosengarten genannt, wo die Schülerinnen und Schüler in die Pflege mit einbezogen werden. Auch die Repol hat sich eine Lösung mit einer Aufstockung der aufsuchenden Jugendarbeit gewünscht. Der Kanton beteiligt sich zeitlich finanziell an den Lohnkosten. Der Stadtrat hat den Puffer bei den Personalressourcen nicht benutzen wollen, weil er einerseits sehr knapp bemessen ist und der Stadtrat gleichzeitig das Thema politisch diskutiert haben will. Einige FGPK-Mitglieder waren der Meinung, dass dafür genügend Ressourcen vorhanden seien, diese einfach umdisponiert werden müssten. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat mehrheitlich, das Geschäft anzunehmen.

Daniel Gygax, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion hat das Geschäft intensiv diskutiert. Die Fraktion stört, dass auf eine frühere Frage im Einwohnerrat, was der Stadtrat gegen Littering zu machen gedenkt, geantwortet wurde, dass es sich um eine Unsitte handle und zu wenig Ressourcen dafür vorhanden seien. Gegen Littering würde das Abfallkonzept helfen. Dieses liegt weiterhin nicht vor. Ein Teil des Litteringproblems ist die Entsorgung von Hausmüll in öffentlichen Abfallbehältnissen. Kurz darauf entscheidet der Stadtrat, dass für das zunehmende Litteringproblem die Jugendlichen verantwortlich sein sollen. Wir haben uns gewünscht, dass die Geschäfte mit unterjährigen Pensenerhöhungen aufhören. Deshalb wurde dem neuen Mechanismus mit Puffer zugestimmt. Es ist der Fraktion nicht klar, wieso die Lohnsumme und der kantonale Beitrag im Budget enthalten sind, nicht aber die Stellenprozente im Stellenplan. Die Fraktion lehnt das Geschäft aus diesem Grund ab. Es liegt wieder ein Geschäft vor, bei welchem die vorgesehenen Mechanismen nicht eingehalten werden. Die Fraktion ist nicht gegen Arbeit mit Jugendlichen. Wenn man den Jugendlichen in Zofingen ein Zuhause geben will, dann soll man sich um die Sportplätze (das Sportkonzept liegt ebenfalls noch nicht vor) und das todbedrohte OXIL kümmern. Einen Antrag ohne Fakten zu stellen und das Vorgehen sind falsch. Deshalb wird empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum (glp)

Der Antrag des Stadtrats wurde in der Fraktion intensiv diskutiert. Es hat für Verwirrung gesorgt, dass das Ziel gemäss Antrag (Reduktion Vandalismus und Littering) nicht das Hauptziel im entsprechenden Konzept ist. Insofern ist es fraglich, wieweit das Konzept für die Bekämpfung von Littering und Vandalismus ist. Die Fraktion ist aber der Meinung, dass die aufsuchende Jugendarbeit ein gutes Mittel ist, in den vergangenen Jahren aber zu kurz gekommen ist. Auch wenn mit den vorgesehenen Massnahmen nur einige Wenige erreicht werden können, zahlt sich dies langfristig aus. Die Fraktion stimmt dem Geschäft mehrheitlich zu. Es muss gut überlegt werden, welche Parameter zur Evaluation des Konzepts herangezogen werden sollen.

Karin Burkard, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats. Die Jugendlichen sollen präventiv unterstützt statt bestraft werden. In Gesprächen kann das Vertrauen der Jugend gewonnen und die Themen angesprochen werden. Die Fraktion ist vom Konzept überzeugt. Es wäre spannend zu wissen, weshalb die Jugendlichen mit den öffentlichen Plätzen so unsorgsam umgehen. Es wäre eine Überlegung wert, Jugendliche mit in öffentliche Projekte einzubeziehen und die Sorgfalt so zu steigern.

Salomé Fankhauser, Fraktionsvotum (SP)

Der Antrag macht in den Augen der SP Sinn. Es wäre auch ein unbefristeter Ausbau genehmigt worden. Die vorgesehene Evaluationsdauer ist sinnvoll. Die präventive Arbeit ist für und nicht gegen die Jugend. Sie haben es verdient, dass man sich für sie einsetzt. Es geht beim Konzept um mehr als nur um Littering. Die Zusammenarbeit mit der aufsuchenden Jugendarbeit wirkt entlastend für die Repol. Die Synergien müssen genutzt werden. Die Fraktion hofft, dass die Zusammenarbeit zwischen allen Playern weiter gut funktioniert. Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

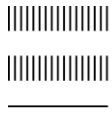
Die Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Den Vorrednern ist nicht viel beizufügen. Die Fraktion sieht im Gegensatz zur FDP keinen Anlass, das Geschäft zurückzuweisen, nur, weil "handwerklich" nicht alles gut ist.

René Schindler, Fraktionsvotum (SVP)

Die Fraktion stimmt dem Geschäft nicht zu. Die Stadt hat ein Globalbudget bei den Stellen. Darüber kann die Anstellung gemacht werden. An den bekannten Hotspots sollen durch die Repol mehr Kontrollen gemacht werden. Von den Jugendlichen kann mehr Eigenverantwortung verlangt werden. Die Fraktion bittet, den Antrag abzulehnen.

Dominik Gresch, Stadtrat

Ich möchte zwei Themen klarstellen. Es geht nicht um 80, sondern um 60 zusätzliche Stellenprozente, die vom Kanton mitfinanziert werden. 20 Stellenprozente wurden intern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit repriorisiert. In der Vorlage geht es nicht nur um das Littering von Jugendlichen. Dieses ist ein Problem aller Alters- und Gesellschaftsschichten. Das Konzept ist eine erste Situationsanalyse. Der Inhalt wird laufend weiterentwickelt und angepasst. Die Massnahmen werden im Rahmen des Pilotprojekts ausgewertet. In zwei Jahren kann über das weitere Vorgehen entschieden werden. Die Erfahrung zeigt, dass sich das Verhalten der Jugendlichen rasch verändern kann. Die Stadt hat reagiert und den Austausch zwischen Repol und OKJA intensiviert. Das funktioniert sehr gut. Die Repol will sich keinesfalls aus der Verantwortung stehlen. Wegen der zahlreichen Sachbeschädigungen wurden Kameras im BZZ installiert. Diese wirken, führen aber zu einer Verlagerung in andere öffentlichen Räume. Hier kann die Jugendarbeit reagieren und die Repol ergänzen. Ich gestehe ein, dass die Vorlage etwas quer in der Landschaft steht. Dies liegt daran, dass wir an der Novembersitzung noch nicht parat waren. U. a. wollte man die Finanzierungszusage des Kantons abwarten. Das führte dazu, dass die Kosten bereits im bewilligten Budget 2023 eingerechnet waren und die Vorlage dazu erst jetzt folgt. Wie richtig festgestellt wurde, sind die zusätzlichen 60 % nicht im bewilligten Stellenplan 2023 enthalten. Das hat aber nichts mit Salamitaktik zu tun, sondern damit, dass in der Tabelle nur unbefristete Stellen enthalten sind. Die Einschätzung dazu ist aber nicht immer trennscharf, wir haben es gehört. Die neue Praxis mit dem Puffer kommt erst seit zwei Jahren zur Anwendung. Hier braucht es noch ein Herantasten von Einwohnerrat und Stadtrat in der konkreten Umsetzung. Ich bitte Sie, den Antrag gutzuheissen.



Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Inhaltlich finde ich Prävention sinnvoll. Das sehen nicht alle in der Fraktion gleich. Knackpunkt ist aber das Vorgehen. Das ist m. E. genauso wichtig und durchaus ein Grund, das Geschäft abzulehnen. Stadtrat Dominik Gresch hat hier etwas Licht ins Dunkel gebracht. Im Budget 2023 ist die Lohnsumme eingestellt, offenbar nicht aber die befristeten Pensen. Wenn wir die Vorlage ablehnen mit der Begründung, die Stelle über den Puffer zu lösen, so könnte der Stadtrat dies. Im Puffer sind 110 Stellenprozente enthalten. Wenn man diese nicht einsetzen will, müsste eine Begründung folgen, was man damit vorhat. Vielleicht kann der Stadtrat hier Klarheit bringen.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Ich fände es schade, wenn auf dem Rücken der Jugend eine Unstimmigkeit zwischen Einwohnerrat und Stadtrat ausgetragen würde. Es wurde nur über das Vorgehen bei Littering und Vandalismus gesprochen. Es geht aber auch um Unterstützung. Dies wurde bisher nicht diskutiert.

Daniel Gyga, Einwohnerrat

Ich wiederhole nochmals, die FDP ist nicht gegen Jugendarbeit und Prävention. Sie ist auch nicht gegen das Geschäft aus inhaltlicher Sicht. Wenn die 60 % nötig sind, gibt es im Budget genug Spielraum über den Puffer. Ausser, der Stadtrat plant, den Puffer anderweitig zu verwenden, wovon der Einwohnerrat aber nichts weiss. Gemäss Seite 9, Fusszeile 7, des Konzepts soll die Person offenbar am Nachmittag und frühen Abend eingesetzt werden. Littering und Vandalismus finden aber vorwiegend an den Abenden und nachts zwischen Donnerstag und Sonntag statt. Für Nacharbeit gelten Zuschläge und Kompensationsvorschriften. Wie soll eine Person mit 60%-Anstellung diese Aufgaben inkl. den Zuschlägen resp. Kompensationen wahrnehmen?

Michael Wacker, Einwohnerrat

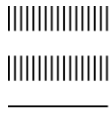
Wie kannst du, Daniel Gyga, mir erklären, dass heute schon vor Beginn der Einwohnerratssitzung zwei Jugendliche aufeinander losgegangen sind? Vielleicht hätte die Jugendarbeit das Problem schon früher erkannt und hätte eingreifen können.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Ich finde es befremdlich, den Antrag abzulehnen und gleichzeitig zu sagen, "macht es irgendwie trotzdem". Das können wir nicht.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Ich reite immer wieder auf dem Formellen herum. Wir sind gewählt und müssen uns an die Regeln halten. Dies muss auch der Stadtrat. Der Personalpuffer ist genau für derartige Fälle ins Budget eingefügt worden. Wenn der Antrag gekommen wäre, nachdem der Puffer aufgebraucht worden ist, wäre das Vorgehen korrekt gewesen. Wenn man aber bei erster Gelegenheit mit einem Antrag kommt, der nicht dem geplanten Vorgehen mit dem Instrument des Puffers entspricht, ist dies nicht dem Mechanismus entsprechend. Die FDP ist aber nicht gegen die Jugendarbeit. Sie ist der Meinung, dass bei einer Ablehnung der Stadtrat mit dem Puffer jeglichen Handlungsspielraum hat. Mit dem Puffer ist der Stadtrat frei, wofür er diesen einsetzt. Er kann diesen einsetzen, wo es ihm passt. Wenn der Personalpuffer für das heutige Geschäft eingesetzt wird, muss der Stadtrat später mit einem Antrag in den Einwohnerrat kommen, wenn er weitere Pensen braucht. Ich mache beliebt, den Antrag aus formellen Gründen abzulehnen. Wenn der Stadtrat das Projekt umsetzen will, kann er dies über den Puffer elegant machen. Der Antrag soll aus formellen Gründen abgelehnt werden.



Attila Gygax, Einwohnerrat

Frage an die FDP: Ist die Fraktion auch nicht gegen mehr aufsuchende Jugendarbeit?

Frage an den Stadtrat: Werden die Stellenprozente bei einer Ablehnung über den Puffer besetzt?

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Ich bin unsicher, ob wir uns bewusst sind, wofür wir den Puffer haben. Es gibt Situationen, in denen man wegen Engpässen etwas Luft nach oben haben muss. Für ein kantonal mitfinanziertes, begrenztes Projekt ist die Verwendung des Puffers nicht sinnvoll. Wir besprechen das Geschäft über eine Vorlage. Ich bin dafür, dass wir es antragsgemäss annehmen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Wenn wir schon bei den Formalien sind: Der FGPK-Sprecher hat in seinem Votum das 7 zu 1 Abstimmungsergebnis aus der FGPK erwähnt. Die Gegenstimme stammte nicht aus der FDP-Fraktion. Gemäss Richtlinien der FGPK hätte die Vertretung der FDP den Stimmungswandel möglichst frühzeitig bekannt geben müssen, was nicht geschehen ist.

Yolanda Senn, Einwohnerrätin

Wenn das Geschäft formell nicht genügend ist, hätte dies auch schon in der FGPK so festgestellt werden müssen. An die SVP und FDP: Haltet nicht starr an der Meinung fest. Es geht um die Jugendlichen. Wenn Hilfe ausbleibt, können Mehrkosten entstehen.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die Mitteilung über meine geänderte Meinung ist effektiv nicht erfolgt, wofür ich mich entschuldige. Die formellen Aspekte wurden erst in der Fraktion intensiv diskutiert. Die FGPK hätte das Geschäft aber nicht von der Traktandenliste streichen können.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich wiederhole meine Frage: Hat der Stadtrat vom Stellenpuffer schon etwas gebraucht oder ist in nächster Zeit geplant, etwas davon zu gebrauchen?

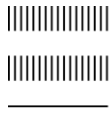
Dominik Gresch, Stadtrat

Gemäss Budget werden in der Tabelle die unbefristeten Stellen, inkl. Puffer, ausgewiesen. Hier sprechen wir über eine befristete Aufstockung. Dieser Unterschied muss berücksichtigt werden. Der Puffer wurde noch nicht gebraucht. Es ist momentan auch nichts geplant. Das Jahr ist aber noch jung. Hier müssen wir Projektgelder sprechen, da mit der Subventionierung durch den Kanton auch Verpflichtungen verbunden sind. Die aufsuchende Jugendarbeit hat einen anderen Auftrag als die Jugendpolizei der Repol. Wenn es hart auf hart geht, ist die Repol gefordert. Dies wird auch mit dem vorliegenden Konzept so bleiben. Bei einer Ablehnung kann der Stadtrat überlegen, ob er die Stelle befristet schaffen möchte. Der Stadtrat will aber nicht hintenrum befristete Stellen schaffen. Das Timing mag schlecht sein, aber der Stadtrat möchte Transparenz.

Detailberatung

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Zu IV, Finanzierung: Der Stadtrat hat gesagt, er hätte die Stellen noch nicht im Budget beantragen können, weil die Beiträge des Kantons noch nicht gesprochen waren. In der Vorlage ist es aber anders formuliert. Was stimmt nun?



Dominik Gresch, Stadtrat

Die Vorlage war für November 2022 geplant und entsprechend aus dieser zeitlichen Perspektive so formuliert.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich beantrage einen Sitzungsunterbruch, um die Aussagen von Stadtrat Dominik Gresch mit der Fraktion vor der Abstimmung besprechen zu können.

Abstimmung über den Ordnungsantrag

Dem Antrag zum Sitzungsunterbruch wird mit 23 Ja zu 8 Nein zugestimmt.

Der Ratspräsident gibt eine kurze Sitzungspause bekannt.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

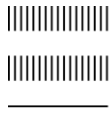
Die Fraktion hat sich in der Sitzungspause abgesprochen. Die Erläuterungen des Stadtrats waren hilfreich. Den Antrag kann man als formal korrekt verstehen, transparent ist er nicht. Die Fraktion gewichtet vor diesem Hintergrund die inhaltlichen Überlegungen höher und wird dem Geschäft zustimmen. Sie steht hinter der aufsuchenden Jugendarbeit. Künftig sind finanztechnische Aspekte in der Vorlage genau darzulegen und in der FGPK zu klären. Die Fraktion behält sich einen allfälligen Vorstoss vor.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Der auf die Jahre 2023, 2024 und 2025 befristete Ausbau der Aufsuchenden Jugendarbeit um 60 Stellenprozente sei zu genehmigen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 28:8 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.



Traktandum 6

ER.2023.010

Plan Lumière ausserhalb der Altstadt – Verpflichtungskredit Teil Strassenbeleuchtung

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker, Referent FGPK

Die FGPK hat dem Geschäft mit 4:3 bei einer Enthaltung zugestimmt. In der FGPK gab es Fragen zur Nachtabstimmung. Die Kommission empfiehlt diesbezüglich, gut zu kommunizieren. Das BaFu empfiehlt in seinen Richtlinien maximal 2'700 Kelvin. Aus Sicht der FGPK muss dies bei der Umsetzung nochmals angeschaut werden. Zur Finanzplanung findet man nichts. Die Summe des Kreditbegehrens ist ca. 38 % höher als im Finanzplan ausgewiesen. Es wird ausgeführt, dass Stromsparen wichtig ist. Bezüglich Finanzen ist die Vorlage mehr als ungenügend. Man findet zwei Zahlen: Investition von CHF 1,4 Mio. und Einsparungen von CHF 43'000 an Energiekosten. Diese Zahlen zeigen, dass es 33 Jahre dauert, bis man mit den eingesparten Energiekosten die Investition bezahlt hat. Mehr kann aus den Zahlen der Vorlage nicht herausgelesen werden. Es gibt durchaus weitere Fragen zu den Finanzen. Der Contracting-Vertrag hat bei mir einen ganzen Fragenkatalog aufgeworfen. Gibt es bei der StWZ einen ausserordentlichen Abschreibebedarf durch die Umrüstung? An der Sitzung wurde der Restwert der bestehenden Strassenlampen mit null beziffert (vollständig abgeschrieben). Wenn die Stadt die Leuchten auf ihre Rechnung kauft, werden sie in der Anlagebuchhaltung der StWZ mit null aufgenommen. Als weitere Frage stellt sich, ob die StWZ oder die Stadt die Leuchten kaufen soll? Bei beiden Varianten ist die Abschreibedauer 15 Jahre. Wenn die Stadt die Leuchten kauft, kommt es insgesamt günstiger. Die Einsparung bei den Energiekosten von CHF 43'000 muss ins Verhältnis zum Total gesetzt werden. Die Energiekosten werden knapp halbiert. Die Leuchten müssen unterhalten werden. Sind diese Kosten bei einer Umrüstung auf LED höher oder tiefer? Auf Nachfrage sinken die Unterhaltskosten um ca. 27 %. Der Einkaufsrabatt auf alle Leuchten beträgt ca. 25 bis 30 % gegenüber dem Einzelkauf. Eine LED-Leuchte hat eine Lebensdauererwartung von 19 bis 23 Jahre. CHF 1,4 Mio. sind viel Geld. Die Umrüstung könnte auch via Budgetkredit in Tranchen gemacht werden. Bei einer Einmalumrüstung kommen die Energiekosten schneller runter. Bis 2030 können mit einer Einmalumrechnung ca. CHF 200'000 eingespart werden. Die Vorlage genügt den Ansprüchen der FGPK und des Einwohnerrats nicht im Geringsten. Die fehlenden Angaben wurden allerdings anstandslos und zeitnah nachgeliefert. Umrüsten müssen wir so oder so. Mit einer sofortigen Umrüstung sparen wir bis 2030 ca. CHF 200'000. Vor diesem Hintergrund stimme ich persönlich der Vorlage zu. Der Stadtrat muss besser werden. Es kann nicht sein, dass weitere Vorlagen in dieser Qualität folgen. Wenn man schon über dem Finanzplan liegt, müssen die Kosten besser belegt werden. Der aktuelle Contracting-Vertrag ist aus dem Jahr 2011. Hier wird empfohlen, dieses Vertragswerk möglichst schnell zu überarbeiten.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte)

Die Fraktion unterstützt das Geschäft. Wie bereits ausgeführt, sparen wir Strom und Unterhaltskosten. Es macht wenig Sinn, eine gestückelte Lösung zu wählen. Die Lösung des Stadtrats bei der Helligkeit macht mit 3'000 Kelvin Sinn. Hellere Temperaturen brauchen weniger Energie. Die aktuellen BaFu-Richtlinien sprechen von 3'000 Kelvin. Dem Stadtrat ist genügend Handlungsspielraum zu geben für die Vergabe der Beschaffung. Mit den nachgelieferten Zahlen liegt eine verständliche Vorlage vor. Die Nachtabstimmung muss kommunikativ gut begleitet werden. Die Aspekte der Lichtverschmutzung müssen konsequent auf dem gesamten Stadtgebiet berücksichtigt werden.

Adrian Borer, Fraktionsvotum (glp)

Die Fraktion hat das Geschäft lange diskutiert und eine Reihe von Fragen gestellt. Mit dem Plan Lumière ist die Fraktion grundsätzlich einverstanden. Die Fraktion will aber die Investitionsspitze brechen und die Beschaffung auf mehrere Jahre verteilen. Ältere LEDs ohne Schnittstelle müssten bei einer Einmalumsetzung weggeworfen werden. Aus finanzieller Sicht wären drei Varianten zum Vergleich sinnvoll: Variante 1 wie bis jetzt, Variante 2 mit Etappierung und Variante 3 das Vorgehen gemäss Vorlage. Dieser Variantenvergleich fehlt. Zusammenfassend haben wir kein Argument gesehen, welches gegen eine sinnvolle Etappierung sprechen würde. Die Zinssituation hat sich zudem geändert. Es gibt kein Gratisgeld mehr. Die Fraktion wird einen Rückweisungsantrag stellen, damit die Varianten geklärt werden können.

Gian Guyer, Fraktionsvotum (Grüne)

Die Fraktion begrüsst das Geschäft. Die Umrüstung auf LED macht Sinn. Es ist nicht nur ein Austausch der Lampen. Es kommt ein Steuerungssystem hinzu, womit ein einheitliches System entsteht und Lampen gedimmt werden können, wo möglich. Damit kann auch die Lichtverschmutzung reduziert werden. Der Plan Lumière ist mit diesem Geschäft nicht fertig. Auch bei Reklamen und Geschäften sowie bei Privaten braucht es klare Regelungen. Die SIA-Norm wäre bei einer BNO-Revision zu übernehmen.

Thomas Keller, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

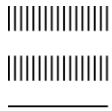
Gegenüber dem Investitionsplan liegen 38 % höhere Kosten vor. Die Fraktion hat sich deshalb gefragt, ob es andere Lösungen gibt. Auch das Contracting hat zu Fragen geführt, ebenso wie der laufende Unterhalt. Mit dem Rückweisungsantrag der glp können die verschiedensten Fragen geklärt werden. Die Fraktion unterstützt den Antrag.

Hansruedi Hauri, Fraktionsvotum (SVP)

Auch die SVP hat das Geschäft intensiv diskutiert. Die Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen eine Umrüstung. Funktionierende Leuchten sollten aber nicht einfach weggeworfen werden. Kosten-Nutzen ist aktuell nicht gegeben. Die Anschaffung ist zu etappieren. Die Rückweisung wird unterstützt, die Vorlage ansonsten abgelehnt.

Franziska Kremer, Fraktionsvotum (SP)

Die Fraktion stellt mit Bedauern fest, dass die Vorlage nicht komplett war. Mit den nachgelieferten Informationen konnte die Vorlage diskutiert werden. Mit dem Plan Lumière liegt man im Bereich der Wahlmöglichkeiten. Es ist grundsätzlich keine Gemeinde verpflichtet, ihre Strassen zu beleuchten. Wenn aber, dann soll dies dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen. Die Lichtverschmutzung hat sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Früher hat man auf dem Heitern noch den Sternenhimmel sehen können. Heute ist es anders. Die Lichtverschmutzung ist für Flora und Fauna ein Problem. Mit dem Projekt können wir diese Probleme berücksichtigen. Die Vorlage macht Sinn. Auch die nächtliche Dunkelheit wird begrüsst. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu. Die Fraktion



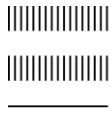
stellt aber einen Ergänzungsantrag: Die Empfehlungen der BaFu sind zu berücksichtigen. Nach Rücksprache mit der StWZ würden die Kosten ca. 2–3 % höher liegen, als im Antrag genannt. Der Antrag des Stadtrats sei um folgenden Satz zu ergänzen: "Bei der Umsetzung ist den Empfehlungen des BaFu (7-Punkte-Plan von 2021) insbesondere bei der Farbtemperatur Folge zu leisten."

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Ziele des Plans Lumière sind die Reduktion von Verbrauch und Kosten, eine dynamische Steuerung, ein einheitliches Bild und eine Reduktion der Lichtverschmutzung. Stromsparen ist das Gebot der Stunde, auch wenn die Mangellage vielleicht nicht so heftig ausgefallen ist, wie befürchtet. Eine Reduktion des Energieverbrauchs schafft win-win-Situationen. Die schädlichen Auswirkungen des Lichts können reduziert werden. Es können ca. CHF 43'000 wiederkehrend gespart werden. Mit den eingesparten Kosten die Investition zu finanzieren, geht nicht auf. Die Rechnung darf nicht so gemacht werden. Die Leuchten werden ersetzt, weil die Ersatzteile ausgehen oder schon ausgegangen sind. Wir müssen umrüsten. Mit einer dynamischen Steuerung kann jeder Lichtpunkt individuell angesteuert werden. Damit werden wir fit für die Zukunft und können bei erforderlichen Sofortmassnahmen handeln. Der Unterhalt wird einfacher und günstiger. Eine kaputte Lampe wird sich selber melden. Kontrollgänge sind nicht mehr nötig. Die bestehenden LED-Lampen ohne Schnittstelle werden nachgerüstet, wenn dies möglich und sinnvoll ist. Es soll eine einheitliche Beleuchtung und eine Reduktion der Leuchtentypen vorgenommen werden. Die Lichtfarbe ist noch nicht festgelegt. Der Stadtrat prüft eine Reduktion von 3'000 auf 2'700 Kelvin. Der Unterschied ist aber relativ gering. Mit 3'000 Kelvin verbessert sich aber die Sehleistung, was die Verkehrssicherheit erhöht. Zofingen hat einen unabhängigen Lichtplaner engagiert, welcher 3'000 Kelvin einzusetzen empfiehlt. Je wärmer eine LED-Lichtquelle ist, umso geringer ist die Effizienz und umso grösser ist der Energieverbrauch. Sehr warme Lichtquellen werden in der Nähe von Naturschutzzonen, im Bereich von historischen Kernzonen und reinen Aufenthaltszone empfohlen. Der Kanton hat im Strassengesetz für die Kantonsstrassen 3'000 Kelvin festgelegt. Die Reduktion der Lichtverschmutzung ist ein grosses Ziel des Stadtrats. Sie ist das grösste Umweltproblem, welches wir haben, aber einfach zu lösen ist. Die Lichtverschmutzung ausserhalb der Strassenbeleuchtung wird ebenfalls angegangen. Bei der Strassenbeleuchtung wird künftig jeder Lichtpunkt hinterfragt, ebenso die Beleuchtungsdauer. Dies betrifft aber nicht Altstadt, Bahnhofsbereich oder Fussgängerstreifen. Die Abschaltung erfolgt erst nach Betriebsschluss des Busses und nicht in den Nächten am Wochenende. Je mehr Technik die Lampe enthält, umso teurer und kurzlebiger wird sie. Es soll deshalb nicht zu viel Technik integriert werden. Das Thema hat grosse Wellen geworfen. Das Thema ist dynamisch und komplex. Der Stadtrat verlässt sich auf die engagierten Fachspezialisten. Eine Neubeurteilung des Contractings ist im Rahmen der Fusion der Werke vorzunehmen. Der Umfang der Vorlage ist immer eine Gratwanderung. Hier wurde ein Mittelweg gewählt. Eine Etappierung würde zum Verlust des Mengenrabatts führen und den internen und externen Aufwand erhöhen. Eine Finanzierung über das Contracting wäre ebenfalls teurer. Bei einer Rückweisung muss der Einwohnerrat bereit sein, die entsprechenden Mehrkosten zu tragen. Wir müssen die Leuchten ersetzen. Ich bitte um Ablehnung des Rückweisungsantrags und Zustimmung zur Vorlage.

Peter Siegrist, Stadtrat

Aus Sicht der Finanzen können die Investitionen getätigt werden. Es sind genügend Mittel vorhanden. Die Beleuchtung ist eine Aufgabe der Gemeinde. Bei der ganzen Rechnung in den Voten im Einwohnerrat wurde vergessen, dass die konventionellen Leuchten kürzere Lebensdauern haben. Eine Justierung der Leuchten kann künftig über die Steuerung gemacht werden.



Adrian Borer, Einwohnerrat

Stellt den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts und Wiedervorlage mit einer Etappierung, damit die Investitionsspitzen gebrochen und die Entsorgung von funktionstüchtigen Leuchten minimiert werden kann.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Es wurde von der glp gefordert, Varianten aufzuzeigen. Im Antrag wird nun eine Etappierung gefordert. Wie stellt sich die glp einen nächsten Antrag des Stadtrats inhaltlich vor?

Attila Gygax, Einwohnerrat

Die glp stellt sich dies so vor, dass die Fraktion dem Antrag zustimmen kann, wenn der Stadtrat mit Varianten aufzeigt, dass die schon heute vorgeschlagene Variante die Beste ist. Für eine Etappierung spricht, dass auf verschiedene Leuchtentypen gesetzt werden kann und bei einem Auslaufen der Ersatzteile möglichst nicht die gesamte Palette ersetzt werden muss. Dieses Risiko kann so minimiert werden.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Es ist nicht so, dass das Contracting nicht Bestandteil der Vorlage wäre. Bei allen Strassenbauprojekten ist bei der Strassenbeleuchtung das Contracting betroffen. Im Contracting steht klar, dass die StWZ auf öffentlichem Grund diese Kosten tragen und die Leuchten in deren Eigentum sind sowie den Kapitaleinsatz und den Unterhalt der Stadt verrechnen. In der FGPK habe ich das Delta zwischen dem Kauf durch die StWZ vs. Stadt interessiert. Bei einem Kauf via StWZ liegen die Kosten ca. CHF 200'000 höher, als wenn die Stadt die Beschaffung macht. Bei einer Rückweisung kann der Stadtrat das Thema einfach über das Contracting lösen, was teurer wird. Zofingen steht finanziell sehr gut da. Wir können uns das Projekt leisten statt die Investition vor uns herzuschieben und über Jahre immer wieder etwas investieren. Wenn wir jetzt investieren, können wir ab 2024 abschreiben. Gleichzeitig müssen wir nicht Investitionen vor uns herschieben. Die Situation bei den Ersatzteilen ist Kaffeesatzlesen. Wir wissen nicht, welcher Hersteller wie lange Ersatzteile liefern kann. Ich empfehle, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

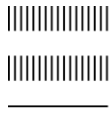
Im Grundsatz finde ich Varianten gut. Es ist aber nicht die Aufgabe des Einwohnerrats, in diese operative Tiefe zu gehen. Der Stadtrat hat diejenige Variante vorgelegt, die er als gut eingestuft hat. Ich bin gegen die Rückweisung.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Das Argument des Vorteils des Materialhandlings mit verschiedenen Systemen sticht nicht. Man sollte möglichst mit einer Variante arbeiten. Ausserdem sollten wir aufhören zu erwarten, dass die gleichen Personen mit der gleichen Aufgabe zu anderen Resultaten kommen würden. Wir müssen davon ausgehen dürfen, dass die Inhalte seriös erarbeitet wurden. Sonst kommen wir nie zu einem Ergebnis.

Thomas Keller, Einwohnerrat

Rückweisung heisst, zu prüfen, ob die Kosten optimiert werden können. Wenn also ein Sparpotenzial von ca. CHF 200'000 vorhanden ist, muss dies angeschaut werden. Zudem zeigt die Erfahrung, dass die Beleuchtung nicht ständig neu eingestellt wird. Diese Möglichkeit besteht, wenn es erforderlich ist. Was ist bei einer Etappierung im Strassenbau geplant? Wir haben verschiedene Leuchten in Farbe, Form, Distanzen etc. Nun setzen wir eine LED-Lampe ein, haben später aber evtl. Sanierungsbedarf bei den Kandelabern selber. Dann müssen wir die neuen Lampen wieder demontieren



und wieder neu montieren. Momentan herrscht eine Materialmangelage mit hohen Preisen. Später können evtl. tiefere Preise möglich sein. Das soll nochmals angeschaut werden. Strengelbach hat nur zwei Kandelabermodelle. Die Situation soll nochmals sauber angeschaut werden.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Ich habe die Aufgabe, als Einwohnerrat auch Unbequemes anzusprechen. Ich kann aber hier ein Kompliment an Michael Wacker machen. Er hat die Lücken in der Vorlage versucht zu füllen. Insgesamt sind es aber dennoch nur Ergänzungen, aber keine verbindlichen Ausführungen in der Vorlage selber. Die Vorlage genügt den Anforderungen nicht. Insbesondere fehlt eine finanzpolitische Einordnung im Investitionsplan bezüglich Investitionsspeak und Verschuldung. Dies müsste enthalten sein. Es braucht im Einwohnerrat Varianten, die gegeneinander abgewogen werden können. Ohne die finanziellen Aspekte kann nicht gewichtet werden. Die Katze soll nicht im Sack gekauft werden, deshalb ist die Rückweisung das richtige Instrument.

Peter Siegrist, Stadtrat

Der Stadtrat bringt keinen Antrag, der finanziell nicht gestemmt werden kann. Der Finanzplan ist lediglich zur Kenntnisnahme und unterliegt Schwankungen. Die LED-Technologie hat den Nachteil, dass die technische Entwicklung nicht abgeschlossen ist, sondern weitergeht. Bei einer Etappierung resultiert ein Patchwork.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Bei einer Etappierung wird die Investitionssumme noch teurer. Für den Stadtrat ist die vorliegende Variante die beste. Er würde wieder dieselbe Variante bringen. Es müssen ca. 20 Kandelaber ersetzt werden. Auch später kann der eigentliche Kandelaberteil weiterverwendet und der Lampenkopf gewechselt werden. Wir können keine 15 Jahre warten.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Wir schreiben dem Stadtrat nicht vor, was er in die Vorlage schreibt. Es ist dann aber Aufgabe des Einwohnerrats zu beurteilen, ob die Inhalte für einen Entscheid genügen oder nicht. Ob Varianten teurer werden, wurde nur mündlich ausgeführt. Ohne Fakten kann ich dem Geschäft nicht zustimmen und bin für eine Rückweisung.

Attila Gygax, Einwohnerrat

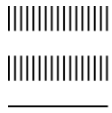
Bei einer Rückweisung soll gemäss dem zuständigen Stadtrat dasselbe Geschäft wieder vorgelegt werden. Mir fehlen die Worte.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Es scheint nicht mehr um die Sache zu gehen. Es geht um die Reduktion der Lichtverschmutzung. Der Rückweisungsantrag wird wohl aus verschiedenen Gründen unterstützt. Wir haben ein Energiestadtlabel. Das wäre ein Schritt mehr für höhere Punktzahlen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Die Argumente von André Kirchhofer könnten auch meine sein. Alles, was hier diskutiert wird, wurde erst im Nachgang zur Vorlage geliefert. Im Grossen Rat gäbe es zwei Lesungen. Ich habe ein flaes Gefühl im Magen, wenn der Stadtrat nicht gemerkt hat, was alles fehlt. Die Qualität der Vorlagen wurde heute schon mehrfach moniert. Der Stadtrat muss besser werden. Ich weiss noch nicht, ob ich der Rückweisung zustimme. Vielleicht wäre das aber einmal gut. Der Stadtrat hätte freie Hand über den Contracting-Vertrag. Das einzige Argument für diese Vorlage ist, dass die Beschaffung via Stadt günstiger wäre.



Adrian Borer, Einwohnerrat

Wir erwarten keine Vorlage mit einer Variantenauswahl zum Auswählen. Wir möchten die Varianten, um zu sehen, was alles geprüft wurde. Es geht um eine transparente Darstellung, auf deren Basis der Einwohnerrat mit gutem Gewissen zustimmen kann.

Christiane Guyer, Stadtkammann

Der Stadtrat wird selbstverständlich in sich gehen. Er ist lernfähig. Dass der Stadtrat einiges nicht richtig macht, haben sämtliche Abstimmungen der letzten Zeit gezeigt. Wir werden besser werden müssen. Wir haben heute ein Kreditbegehren von CHF 1,4 Mio., mit dem die vorgesehenen Investitionen getätigt werden sollen. Die Ziele sind in der Vorlage definiert. 2019 wurde ein Postulat im Zusammenhang mit dem Energiestadtlabel ("Go for Gold") eingereicht. Was will der Einwohnerrat in diesem Zusammenhang? Im Zusammenhang mit der Energiemangellage haben viele umliegende Gemeinden ihre Beleuchtung umgestellt. Zofingen steht im Vergleich schlecht da. Zofingen hat momentan das Geld und kann investieren. Günstiger wurde es in den vergangenen Jahren nie. Es lohnt sich, die Investition jetzt zu tätigen. Die Debatte wird protokolliert. Der Stadtrat nimmt die Anliegen ernst.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

In der FGPK gab es auch Mitglieder, welche die Vorlage als genügend eingestuft haben. Mir erschiesst sich nicht, ob mit der Rückweisung der Stadtrat erzogen werden soll, oder ob es um den Inhalt geht. Wir sind verpflichtet, zum Wohle der Stadt Zofingen zu agieren. Ein Entscheid kann auch auf Basis von mündlichen Informationen gefällt werden. Ich bitte um Zustimmung zum Geschäft.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die Kritik ist sachlich. Den Vorwurf der Amtsgelübdeverletzung akzeptiere ich nicht. Als FGPK-Präsident ist es meine Aufgabe, auf die finanzpolitischen Zusammenhänge hinzuweisen. Der Revisor warnt jedes Jahr vor den hohen Schulden und den hohen laufenden Kosten. Wir haben zwar genügend Geld, müssen uns aber fragen, ob dieses sinnvoll eingesetzt wird. Um dies zu beurteilen, braucht es Transparenz über die geprüften Varianten, und zwar vor der FGPK-Sitzung. Es geht nicht darum, dem Stadtrat eins auszuwischen. Ich bitte um ein Ja zur Rückweisung.

Peter Siegrist, Stadtrat

Es wurde richtig gesagt, dass der Revisor auf die laufende Rechnung hinweist. Mit der Investitionsrechnung hat das nicht so viel zu tun. Mit der einmaligen Investition über die Stadt sparen wir Geld.

Abstimmung über die Rückweisung

Dem Antrag auf Rückweisung wird mit 19:16 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 7

ER.2022.036

Interpellation von Karin Burkard (Grüne) vom 20. Juni 2022 betreffend "Umsetzungskatalog Velomassnahmen 2017/18"; Beantwortung Stadtrat

Karin Burkard, Einwohnerrätin

Die Interpellantin nimmt die Ausführungen der Beantwortung zur Kenntnis.

Traktandum 8 – ER.2021.214 (214 [2018-2021])**Postulat von Tobias Hottiger (FDP) vom 25. Oktober 2021 betreffend "Regelmässige Erstellung eines Subventionsberichts"; Haltung Stadtrat****Tobias Hottiger, Einwohnerrat (Postulant)**

Ich danke für die Verschiebung der Behandlung des Vorstosses auf die heutige Sitzung. Transparenz ist wichtig, damit das Parlament die Oberaufsicht ausüben kann. Bei meinem Vorstoss geht es nur um eine Aufstellung der ausgerichteten Subventionen, damit der Einwohnerrat eine politische Diskussion führen kann. Ich verstehe nicht, wieso der Stadtrat sich gegen eine Zusammenstellung wehrt. Die monetären Leistungen können relativ einfach zusammengetragen werden. Schwieriger wird es bei den Immobilien. Es geht um Fairness und Transparenz bei der Zuteilung der Gebäude und Anlagen der Stadt. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung weiss, wer welches Gebäude nutzt. Wenn dies nicht der Fall ist, wäre es jetzt an der Zeit, dies zu erarbeiten. Die genannten Kosten scheinen mir hoch. Selbst wenn sie zutreffen, wäre das Geld gut eingesetzt. Damit kann die Basis geschaffen werden, um Transparenz für den Einwohnerrat zu erreichen. Ich bitte darum, das Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Peter Siegrist, Stadtrat

Im Vorstoss werden Stichworte wie Finanzhilfe, Abgeltungen, Mitgliederbeiträge usw. aufgeführt mit Verweis auf den Kanton. Was bedeutet das aus Sicht der Gemeinde? Die Finanzhilfe einer Gemeinde ist im Sozialwesen angesiedelt und dieses betrifft kommunale Kernaufgaben. Abgeltungen gibt es für Überstunden oder z. B. bei einem Landabtausch. Diese Geschäfte sind transparent. Mitgliederbeiträge dienen dem Austausch unter Fachkräften. Die meisten Sachleistungen der Stadt sind abgedeckt durch Sponsoringverträge oder Leistungsvereinbarungen, die eingesehen werden können. Sportanlagen werden unseren Bewohnenden zur Verfügung gestellt. Bei den Vereinen besteht die Schwierigkeit darin, eine abends durch Vereine genutzte Turnhalle mit Eigentumsanteilen von Stadt und Kanton korrekt zu verrechnen. Viele Sachen sind im Budget transparent dargestellt. Dies wird laufend verbessert. Die Ressourcen für die Erstellung eines Subventionsberichts können anderweitig besser verwendet werden.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ich habe das Instrument des Postulats gewählt, damit Flexibilität besteht. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die kantonalen Kategorien nicht opportun sind. Das kann sein. Der Stadtrat ist in der Umsetzung bei einem Postulat frei. Die Argumentation des Stadtrats ist nicht konsistent mit den in der Vorlage genannten Punkten. Zudem wurde methodisch argumentiert, dass es schwierig ist, die genaue Verteilung zwischen Kanton und Gemeinde vorzunehmen. In der Vorlage steht aber, dass die Grundlagen generell fehlen. Mir geht es nur um Transparenz und eine saubere übersichtliche Liste.

Carla Fumagalli, Einwohnerrätin

Die glp ist für Transparenz. Bei diesem Geschäft scheinen uns aber Aufwand und Ertrag nicht in einem vernünftigen Verhältnis zu stehen. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrats zu. Es spricht aber nichts dagegen, zu prüfen, wo in der Verwaltung Daten vorliegen und ob es Alternativen zum geforderten Bericht gibt.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Ich gestehe, dass ich ein unverbesserlicher politischer Romantiker bin. Ich hoffe, dass die Ratsmitglieder offen für Meinungen sind und auch einmal die aus den Fraktionssitzungen gefassten Meinungen revidiert werden können. Wir fordern nur Transparenz. Seit Jahren fordern wir, dass das Sportkonzept erstellt wird. Dort besteht Handlungsbedarf. Wir wissen nicht, welche Organisation wie abgerechnet wird. Wir wollen nur Transparenz. Das ist ein Interesse aller Parteien.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

Wir sind uns einig, dass Transparenz wichtig ist. Wenn die Zusammenstellung der Daten so aufwändig ist, dann sollte man besser die Zeit dafür verwenden, die Datenstruktur zu vereinheitlichen, damit solche Anfragen künftig auf Knopfdruck beantwortet werden können.

Lena Hoffmann, Einwohnerrätin

Wir sind auch für Transparenz, sind uns aber nicht sicher, ob es nicht heute schon möglich ist, dass die Transparenz mit Einsichtnahme der FGPK erreicht werden kann. Wir sind deshalb gegen die Überweisung.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ich bin manchmal auch romantisch. Man muss sich aber überlegen, was mit dem Postulat verursacht wird. Das Anliegen geht in die richtige Richtung. Wir müssen uns aber fragen, ob die Verwaltung genügend dotiert ist. Wir müssten die dazu nötigen Ressourcen sprechen.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

Wenn man effektiv Transparenz z. B. beim Sponsoring möchte, müsste die Analyse jedes Jahr gemacht werden. Es dürfte weniger um die monetären Leistungen als um die Immobilien gehen. Wir haben eine Immobilienstrategie, worin die Nutzungen festgehalten werden müssen. Bei der Freiwilligenarbeit kann nicht jeder Verein gleich viel investieren. Der Vorstoss verursacht zu viel Aufwand. Die Frage soll über die Immobilienstrategie und die Gebäudenutzungen beantwortet werden.

Maik Müller, Einwohnerrat

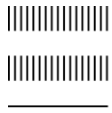
Ich gehe davon aus, dass viele im Rat auch Nutzniessende von Räumen oder Beiträgen sind. Ich kann mir gut vorstellen, dass Transparenz nicht überall gefragt ist. Es wäre aber fair, wenn man sehen würde, wie hoch die Beiträge sind und wieso gewisse Vereine Leistungen erhalten und andere nicht. Ich hoffe auf die Unterstützung für die Schaffung der Transparenz.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Es geht nur um Transparenz. Wir haben Immobilien, Sportanlagen, den Stadtsaal etc., die wir zur Verfügung stellen. Niemand will das nicht mehr. Es geht nicht um die Streichung von Leistungen. Wer erklärt dem einen Verein, wieso der andere Verein mehr Anrecht auf Leistungen der Stadt hat? Der Stadtrat legt die heutigen Leistungen nicht transparent dar. Wir wollen Transparenz und Gleichberechtigung. Nichts Anderes.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Es soll eine Auflistung gemacht werden, welcher Verein was bekommt. Diese Leistung soll mit einem Preis versehen werden. Wäre der Postulant einverstanden, einfach mal die Leistungen zusammenzustellen, ohne ein Preisschild? Wäre der Stadtrat einverstanden, dies auch ohne Postulat zu tun?



Peter Siegrist, Stadtrat

Die Schwierigkeit ist, dass wir nach HRM2 eine Finanzbuchhaltung machen, nicht eine Betriebsbuchhaltung. Wir können die nötigen Daten nicht auf Knopfdruck ausweisen. Dies ist sehr aufwändig. Wir versuchen, Schritt für Schritt mehr Transparenz zu schaffen.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Ich stelle fest, dass keine neuen Argumente mehr kommen. Ist der Stadtrat bereit, das Anliegen auch ohne Postulat aufzunehmen? Offenbar fühlen sich verschiedene Vereine nicht gerecht behandelt. Ein Unbehagen ist da. Der Stadtrat könnte dies aufnehmen und etwas machen.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Fazit der bisherigen Diskussion ist, dass alle für Transparenz sind, niemand aber den Vorstoss unterstützen will (mit Ausnahmen). Ich habe bewusst ein Postulat eingereicht, damit der Stadtrat in der Umsetzung alle Freiheiten hat. Wie es letztlich genannt wird und wie es dargestellt wird, spielt mir keine Rolle. Ich bin deshalb überrascht, dass der Stadtrat das Anliegen nicht aufnehmen will. Wenn der Stadtrat eine Auflistung ohne konkrete Frankenbeträge machen will, dann ist das ein möglicher Schritt. Ich zweifle, ob es effizienter ist, dass die FGPK bei diesem Thema in die Details geht.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Das Postulat wird mit 19:17 (ja/nein) Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

Die Vorstösse sind online auf www.zofingen.ch/einwohnerrat einsehbar.

Traktandum 9 – Umfrage

Hinweis zur Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin

Die Pfistergasse soll saniert werden. Setzt sich die Stadt bei der StWZ dafür ein, dass die Fernwärme bei dieser Sanierung verlegt wird?

Christiane Guyer, Stadtammann

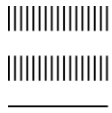
Eine Fernwärmestrategie für die Altstadt ist in Erarbeitung.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Wir sehen in der Altstadt ein grosses Potenzial für Fernwärme. Der StWZ wurde mitgeteilt, dass die Stadt in der Pfistergasse gerne Fernwärme hätte.

Claudia Schürch, Einwohnerrätin

Wann kann mit einer Antwort zur Petition zum Baugesuch am Meienweg gerechnet werden?



Andreas Rüegger, Vizeammann

Die Antwort geht morgen Dienstag zur Post.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Ist die Bauverwaltung tatsächlich überlastet, wie es in einem Zeitungsbericht betreffend Uerkheim hiess?

Andreas Rüegger, Vizeammann

Aufgrund einer Vakanz und vielen Baugesuchen gab es vorübergehend einen Engpass. Dieser ist aber inzwischen überwunden.

Michael Wacker, Einwohnerrat

In den verschiedenen Unterlagen des Stadtbüros hat es widersprüchliche Fristen und Kosten. Was gilt?

Christiane Guyer, Stadtammann

Den Hinweisen auf Widersprüchen in den Formularen wird nachgegangen.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Wann ist mit einer Vorlage zur Stadtratsgrösse zu rechnen?

Christiane Guyer, Stadtammann

Der Stadtrat hat einen Organisationsentwicklungsprozess für die Verwaltung gestartet. Das Projekt ist auf Kurs. Die Ziele sind Dienstleistungsorientierung, übergreifende Arbeit, neue Formen der Zusammenarbeit, Überprüfung der Strukturen (Führungsspanne und Organisation), Steigern der Identität mit der Stadt Zofingen. Die Frage der Grösse des Stadtrats soll 2024 dem Einwohnerrat unterbreitet werden.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Wie weit sind die Abklärungen zu einer Evaluation betreffend Abriss des Bez-Gebäudes?

Andreas Rüegger, Vizeammann

Bezüglich Bez. stehen noch keine weiteren Schritte vor der Türe. Diese folgen in den nächsten Jahren. Erst steht die Realisation des OSZ A an.

Yvonne Lehmann, Einwohnerrätin

Welche Folgen hat das CS-Debakel für Zofingen?

Peter Siegrist, Stadtrat

Die Geschäftsbeziehungen bei der CS sind unter Kontrolle und ausbalanciert. Ob es allfällige Steuerausfälle geben wird, ist offen. Es sind keine CS-Aktien im Besitz der Stadt.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Kann der Stadtrat bestätigen, dass alle Mieter/Nutzer von städtischen Anlagen gleichbehandelt werden?

Andreas Rüegger, Vizeammann

Es gibt teilweise Gratisnutzende und solche, die Miete zahlen. Ungleichbehandlungen sind vorhanden.



Béatrice Zinniker, Einwohnerrätin

Im GMS und den Turnhallen brennt teilweise tage- und nächtelang das Licht. Wer ist für diese Liegenschaften zuständig? Funktioniert das neue Hauswartmodell?

Andreas Rüegger, Vizeammann

In der alten Turnhalle ist eine alte Steuerung drin. Der Hauswart muss jeweils vorbeigehen. Es kann tatsächlich sein, dass dies übersehen wurde. Automationen werden in den Gebäuden schrittweise nachgerüstet und bestehen teilweise schon. In der Turnhalle löscht das Licht automatisch um 22.30 Uhr.

Rahela Syed, Stadträtin

Konkrete Hinweise werden jeweils gerne aufgenommen, damit diesen nachgegangen werden kann.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Wie geht es weiter bezüglich Luftpistolenschützen-Schulsport? Kann die Stadt Zofingen wenigstens die Kosten übernehmen?

Andreas Rüegger, Vizeammann

Dem Verein wurde dargelegt, dass aktuell keine Räume in Zofingen vorhanden sind. Wir können momentan nichts anbieten, suchen aber Lösungen. Das benötigt Zeit.

Rahela Syed, Stadträtin

Die Suche läuft. Wir haben momentan keine Räume.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Beim strategischen Leitungsgremium des Seniorenzentrums hat es eine Änderung gegeben. Kann der Stadtrat ausführen, worum es dabei geht?

Christiane Guyer, Stadtammann

Das Organigramm wurde fälschlicherweise zu früh bezüglich des Austritts von Stadtschreiber Fabian Humbel per Ende März 2023 angepasst.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Präsident verabschiedet Stadtschreiber Fabian Humbel und würdigt sein Wirken für die Stadt Zofingen. Er weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 19. Juni 2023 hin und schliesst die Sitzung um 22.00 Uhr.

Zofingen, 24. April 2023

EINWOHNERRAT ZOFINGEN

Dr. Christian Nöthiger
Ratspräsident

Dr. Fabian Humbel
Protokollführer